10. 1. Ist die Bestellung eines inländischen Vertreters nach § 23 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 auch zur Geltendmachung des Anspruches auf Schutz des Namens im Strafverfahren erforderlich?
2. Ist der Namensschutz für das Ausland durch das Bestehen einer gewerblichen Niederlassung daselbst bedingt?
3. Setzt die Strafbarkeit aus § 14 Abs. 2 a. a. O. einen Anspruch des Antragstellers auf Schadensersatz voraus?
4. Wann stellt sich der Gebrauch eines fremden Namens bei Bezeichnung von Waren als widerrechtlich dar?

Gesetz zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 §§ 1—12, § 14 Absf. 1 u. 2, §§ 18. 20. 23 Absf. 1 u. 2 (R.G.Bl. S. 441).

Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 22. September 1894 (R.G.Bl. S. 521).

II. Straffenat. Urtr. v. 11. Februar 1898 g. E. Rep. 4667/97.

I. Landgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

... 1. Nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 hat derjenige, welcher im Inlande eine Niederlassung nicht besitzt, auf den Schutz dieses Gesetzes nur Anspruch, wenn in dem Staate, in welchem seine Niederlassung sich befindet, nach einer im Reichsgesetzblatte enthaltenen Bekanntmachung deutsche Warenbezeichnungen in gleichem Umfange wie inländische Warenbezeichnungen zum gesetzlichen Schutze zugelassen werden. Durch das Vorliegen dieser Voraussetzung wird sonach „der Schutz dieses Gesetzes“ im vollen Umfange und ohne jede Einschränkung garantiert. Wenn im Anschlusse hieran in Abs. 2 des § 23 bestimmt wird, daß der „Anspruch auf Schutz eines Warenzeichens und das durch die Eintragung begründete Recht“ nur durch einen im Inlande bestellten Vertreter geltend gemacht werden können, so beschränkt sich diese Vorschrift, wie nach dem gesetzlichen Begriffe des Warenzeichens als einer Unterart der vom Gesetze betroffenen „Warenbezeichnungen“ nicht zweifelhaft sein kann, lediglich auf die Warenzeichen im engeren Sinne, deren Schutz durch die Eintragung bedingt ist (§§ 1—12 des Gesetzes). Zur Anbringung des Strafantrages bedurfte es mithin im gegenwärtigen Falle, in welchem es sich nicht um den Schutz eines Warenzeichens, sondern um denjenigen des Namens des Professors Dr. R. zu G. handelt, der von der Revision für erforderlich erachteten Bestellung eines inländischen Vertreters nicht.

2. Ebenjowenig kann dem Antragsteller der Schutz des Gesetzes deshalb verweigert werden, weil er mit den in Betracht kommenden Präparaten keine gewerblichen Geschäfte mache, sondern nur im Auslande wohne. Nach § 13 des Gesetzes über Markenschutz vom 30. November 1874 war allerdings der Schutz des Namens oder der Firma — ebenso wie derjenige des eingetragenen Warenzeichens — nur dem Produzenten oder Handeltreibenden gewährt und demgemäß auch in § 20 a. a. O. die Anwendung des Gesetzes auf die Namen oder Firmen ausländischer Produzenten oder Handeltreibenden davon abhängig gemacht, daß in dem Staate, wo ihre Niederlassung sich befindet, nach einer in dem Reichsgesetzblatte enthaltenen Bekanntmachung deutsche Namen und Firmen einen Schutz genießen. Nachdem aber das Gesetz vom 12. Mai 1894 die Beschränkung des Namen-

schutzes auf Produzenten oder Handeltreibende aufgegeben und in § 14 den Namen allgemein für schutzberechtigt erklärt hat,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 29 S. 333, 365, muß dasselbe auch für die ausländischen Staaten gelten, welche auf Grund der im Reichsgesetzblatte erfolgten Bekanntmachung gemäß § 23 des Gesetzes den gesetzlichen Schutz „in gleichem Umfange“ zu beanspruchen haben. Aus dem in Abs. 1 daselbst stehen gebliebenen Ausdruck „seine Niederlassung“ (in dem ausländischen Staate) läßt sich deshalb nicht folgern, daß der Namenschutz für das Ausland im Gegensatz zum Inlande durch das Bestehen einer gewerblichen Niederlassung bedingt sei; beim Mangel einer solchen kann vielmehr für den Namenschutz nur der Wohnsitz in dem ausländischen Staate in Betracht kommen, mit welchem die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Das Recht des Professors Dr. R. auf den Schutz seines Namens gemäß § 14 des Gesetzes ist demnach nicht zu beanstanden, da er nach den Feststellungen des Urteiles in Cz. im Kronlande Bukowina wohnt, auf welches sich als Teil von Osterreich-Ungarn die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 22. September 1894 erstreckt.

3. Unrichtig ist ferner die Behauptung der Revision, daß die Strafverfolgung aus § 14 Abs. 2 des Gesetzes das Bestehen eines Rechtsanspruches des Antragstellers auf Schadensersatz voraussetze. Das Gesetz selbst statuiert als Thatbestand des in Abs. 2 vorgesehenen Delictes lediglich die wissentliche Begehung der in Abs. 1 bezeichneten Handlung und diese enthält nicht selbst das Moment der Schädigung, sondern bildet nur den Rechtsgrund für die Verpflichtung zur Entschädigung oder Buße (§ 18 des Gesetzes). Der innere Zusammenhang zwischen Abs. 2 und Abs. 1 des § 14 bietet hiernach der angeblichen Voraussetzung der Strafbarkeit keine Stütze; die bloße Voranstellung der in Abs. 1 normierten civilrechtlichen Entschädigungspflicht aber vermag dies umsoweniger, als sie lediglich auf einer Umstellung der Vorschriften in § 14 des Gesetzes vom 30. November 1874 beruht, nach welchen die Unerheblichkeit des Eintrittes eines Schadens für die Strafbarkeit außer Zweifel stand.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 4 S. 173, Bd. 24 S. 98.

4. Als Ergebnis der Beweisaufnahme stellt der Vorderrichter fest, daß der Angeklagte seit etwa zwei Jahren die von dem Fabrikanten W. zu B. hergestellten und mit dem Zusage „nach Professor Dr. R.“

verkauften „Vaginalglobuli“ unter derselben Bezeichnung weiter vertrieben und trotz Widerspruchs des Professors Dr. R. die Ware noch „mittels“ Ankündigung in der Dresdener „Gummizeitung“ vom 13. August 1897 feilgehalten, auch nachdem er die Vaginalglobuli selbst fabriziert, diese mit einem jedem Pakete beigegebenen Prospekte ^{von Professor Dr. R.} _{empfohlen} in Verkehr gebracht und feilgehalten habe. In Verbindung mit der Schlußfeststellung ist damit der äußere Thatbestand der nach § 14 Abs. 2 des Gesetzes strafbaren Handlung hinreichend gegeben; die objektive Widerrechtlichkeit der Handlungsweise des Angeklagten aber stützt der Vorderrichter darauf, daß die Fabrikation der Professor Dr. R.'schen Vaginalglobuli und insbesondere deren geschäftlicher Vertrieb ohne jede Rückfrage seitens der Beteiligten geschehen sei, daß man „einfach“ die fremde Erfindung geschäftsmäßig ausgebeutet und sogar eigenmächtig den Namen des Erfinders benutzt habe, indem man ihn dem Fabrikate als Empfehlung beigab, während ein Recht, zur Kennzeichnung der Ware sich des Namens eines Anderen zu bedienen, nur demjenigen zustehet, welcher von dem Inhaber des Namens hierzu die Berechtigung erhalten habe. Demgegenüber ist anzuerkennen, daß die unbefugte Ausbeutung einer fremden Erfindung auf anderem Gebiete liegt als die in § 14 des Gesetzes vorausgesetzte Widerrechtlichkeit, und daß auch der Schutz des Namens, wie ihn § 14 a. a. O. gewährt, den Gebrauch eines fremden Namens zur Empfehlung einer Ware ohne Ermächtigung des Namensinhabers nicht unbedingt ausschließt. In dem Urteile des erkennenden Senates vom 12. Januar 1897.

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 29 S. 332 flg., ist bereits dargelegt, daß der Schutz des Namens nicht weiter reicht, als die Gefahr der Verwechslung der Ware mit einer anderen, deren Beziehung zur Person des Namensträgers durch die rechtmäßig erfolgte Namensaufschrift gekennzeichnet sei, daß eine solche Gefahr nicht vorliege, wenn der fremde Name nur dazu diene, die Gleichartigkeit der Herstellung oder des Materiales und die hierdurch bedingte Gleichartigkeit zum Ausdruck zu bringen, und daß es mithin im Einzelfalle darauf ankomme, ob der Gebrauch des fremden Namens sich auf eine derartige Charakterisierung der Ware beschränke, oder ob er den Schein erwecke, als stehe die Ware in besonderer Beziehung zur

Person des Namensträgers. Eine derartige Beziehung kann in verschiedener Weise zu Tage treten; sei es daß der Namensträger selbst als Produzent hingestellt, oder daß irgend welche Einwirkung seiner Person auf die Herstellung der Ware, eine Unterstützung der Fabrikation durch Rat oder That, eine nachträgliche Kontrolle des Fabrikates oder das Bestehen einer sonstigen Verbindung des Namensträgers mit letzterem zum Ausdrucke gelangt, welche geeignet ist, die Wertschätzung in anderer Weise zu beeinflussen, als es die bloße Charakterisierung der Ware als einer nach der Art, dem Systeme oder der Methode eines Anderen hergestellten vermag. Demgemäß mußte auch im gegenwärtigen Falle geprüft werden, ob der der Benennung der Ware beigefügte Zusatz „nach Professor Dr. R.“ oder „^{von Professor Dr. R.}_{empfohlen}“ objektiv geeignet war, den Schein des Bestehens einer derartigen besonderen Beziehung des Produktes der Fabrikation zur Person des Professors Dr. R. hervorzurufen, oder ob er nur zum Ausdrucke brachte, daß der angekündigte Artikel einer von Dr. R. vorgeschlagenen und empfohlenen Herstellungsweise entspreche. Gemäß § 20 des Gesetzes war hierbei auch die äußere Erscheinung der Aufschrift oder Ankündigung nach der Richtung hin in Betracht zu ziehen, ob darin etwa lediglich der Name ins Auge fiel und die Worte „nach“ und „empfohlen“ nur bei besonderer Aufmerksamkeit zu erkennen waren.

Vgl. Entsch. a. a. D. S. 333.

Von diesen rechtlichen Gesichtspunkten geht aber auch der Vorderrichter aus. (Wird näher ausgeführt.)

. . . Als thatsächliche und deshalb in dieser Instanz nicht anfechtbare Annahme des Vorderrichters ergibt sich hieraus, daß der Gebrauch des fremden Namens im konkreten Falle nicht bloß der Angabe der Herstellungsmethode gedient, sondern den Schein erweckt hat, als handele es sich um ein Fabrikat, dessen Herstellung und Verwendung in Gestalt der vom Angeklagten vertriebenen und empfohlenen Vaginalglobuli der Professor Dr. R. mit der Autorität seines Namens decke, während er thatsächlich mit dem fraglichen Produkte in keinerlei Verbindung stand, eine besondere Beziehung in dem oben dargelegten Sinne also zwar als vorhanden hingestellt, in Wahrheit aber nicht vorhanden war. Auf dieser Grundlage giebt die Annahme der objektiven Rechtswidrigkeit der Handlung des Angeklagten zu Bedenken keinen Anlaß; in subjektiver Beziehung aber ist mit ein-

gehender Begründung dargelegt, daß der Angeklagte mit dem Bewußtsein gehandelt habe, die mit dem Namen des Professors Dr. R. gekennzeichnete Ware stelle eine widerrechtliche Kennzeichnung derselben mit jenem Namen dar. Das Merkmal der „Wissentlichkeit“ im Thatbestande des § 14 Abs. 2 des Gesetzes ist damit ebenfalls bedenkenfrei festgestellt. . . .